

## **Beschlussempfehlung an die Stadtverordnetenversammlung**

### **Entschuldigungsbrief des Magistrats**

Antrag der CDU-Fraktion  
- 101.17.1009 -

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Oberbrunner

### **Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, zur Wiedergewinnung von Vertrauen in die ordnungsgemäße Arbeit der Stadtverwaltung sich in einem Brief gegenüber allen betroffenen Bürgern, die – wie inzwischen gerichtlich festgestellt – rechtswidrig mit einem Buß- bzw. Verwarnungsgeldbescheid überzogen wurden, zu entschuldigen. In diesem Brief ist auf die aktuelle Rechtslage hinzuweisen und mitzuteilen, gegen welche Personen ggfs. zivilrechtliche Schadensersatzansprüche zu richten sind.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: CDU  
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke, FDP,  
Demokratie erneuern/Freie Wähler  
Enthaltung: --  
den

### **Beschluss**

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der CDU-Fraktion betr. Entschuldigungsbrief des Magistrats, 101.17.1009, wird **abgelehnt**.

Stefan Kortmann  
Vorsitzender

Andrea Herschelmann  
Schriftführerin